

theile haben. — Die Bureaubeamten des norddeutschen Bundesrathes haben um eine Aufbesserung ihrer Gehälter nachgesucht, sind aber abschläglich beschieden worden.

Preußen. In Berlin hat sich unter Virchow's Vorsitz ein Komité gebildet, um das ehrende Andenken der Gegenwart an den großen Nestor der Wissenschaft, Alexander v. Humboldt, durch Errichtung eines National-Denkmal's auch aufkommende Geschlechter fortzupflanzen. Dem Komité ging dieser Tage vom Kronprinz und der Kronprinzessin von Preußen folgendes Schreiben zu:

Mit lebhafter Genugthuung haben wir die Bildung eines Komité's zur Errichtung eines Standbildes für Alexander von Humboldt begrüßt und beeilen uns, unsere volle Zustimmung zu dem in den öffentlichen Blättern enthaltenen Auftrufe an das deutsche Volk auszusprechen, indem wir Sie bitten, die beifolgende Summe von fünfhundert Thalern als unsern Beitrag für das dem großen Todten zu errichtende Nationaldenkmal entgegenzunehmen.

Auch die Königin Augusta überreichte dem Komité einen Beitrag von 300 Thalern. — Die kronprinzliche Familie hat sich auf mehrere Wochen zum Gebrauch des Seebades nach Norderney begeben, während König Wilhelm am 11. d. M. seine Reise nach Ems antrat, woselbst er vier Wochen im Bade zu verweilen gedenkt. — Während preussische Blätter noch immer im Streit darüber liegen, ob nicht die Beurteilung des Grafen Bismarck sich schließlich doch noch als eine Unterstützung der liberalen Partei entpuppen werde, läßt es der auf den Prairien Pommerns weilende Staatsmann nicht an Beweisen fehlen, daß er nicht entfernt an liberalen Anwandlungen leidet. Die Ernennung des Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien bekundet die Solidarität des jetzigen Ministeriums und insbesondere auch des Ministerpräsidenten mit der Majorität des Herrenhauses so schlagend, daß nur absichtliche Blindheit solchen Thatfachen gegenüber dem Volke noch Hoffnungen besserer Art vorspiegeln kann. — Der preussische Generalkonsul in der Havanna hat, laut eingetrossener Meldung, ein offenes Schreiben an alle Deutsche ergehen lassen, in welchem vor der Theilnahme an nach Cuba abgehenden Freibeuterzügen gewarnt wird. Das Schreiben betont namentlich, daß der cubanische Aufstand rasch erlösche.

Die Thüringer Korrespondenz meldet: An der für Mitte September d. J. in Fulda in Aussicht genommenen Versammlung deutscher Bischöfe, welche sich wesentlich mit dem Konzil beschäftigen wird, werden auch die österreichischen Bischöfe gutem Vernehmen nach Theil nehmen. Ueberhaupt erwartet man in Fulda eine weit größere Anzahl Theilnehmer, als sich zu der früheren Versammlung eingefunden hatten. Diese fand vor 2 Jahren — am 17. Oktober 1867 — statt, und es verdient wohl heute daran erinnert zu werden, daß schon damals die „Kölnischen Blätter“, bekanntlich ein in Sachen der katholischen Kirche sehr gut unterrichtetes Blatt, unter anderen Gegenständen der Berathung auch die eines Programms zum allgemeinen Konzil in Rom erwähnten.

Baiern. In einer der letzten Sitzungen der Bundesliquidations-Kommission haben sich sämtliche Bevollmächtigte nach Darlegung des Standpunktes ihrer Regierungen über die Behandlung des vormaligen Bundesfestungs-Eigentums gegen die Theilung des Materials in Natura oder durch Verkauf und Erlösrepartition ausgesprochen, weil solches weder im Interesse der süddeutschen Staaten, noch ohne große Opfer durchführbar wäre.

Oesterreichisch-Ungarische Monarchie. Kaiser Franz Joseph verließ am 8. d. M. München und kehrte nach Wien zurück, wo bekanntlich am 11. d. M. die Eröffnung der Delegationen stattfand. Betheilt sich der Kaiser auch nicht persönlich an der Eröffnungsfeier, so soll seine Anwesenheit in Wien doch jedenfalls dazu beitragen, während der Delegationsverhandlungen den Glanz der Residenz zu erhöhen. — Aus dem Armeebudget für 1870 giebt die „Behrzeitung“ eine Reihe von Auszügen, denen wir Folgendes entnehmen. Der Stand der Truppen beträgt 10,675 Offiziere, 1004 Militär-Geistliche,

Auditoren, Aerzte und Rechnungsführer, 81 Militärbeamte und Professoren, 2 Werkmeister, 27,251 streitbare, 5646 nichtstreitbare Unteroffiziere, 152,043 streitbare, 10,047 nichtstreitbare Soldaten, in Summe 211,896 Köpfe. Der gesammte Verpflegungsstand der Armee beträgt 273,985 Mann, 2502 Zöglinge, 38,159 Pferde. — Nach den aus Böhmen eingehenden Nachrichten ist die hussitische Bewegung unter der czechischen Bevölkerung im Steigen begriffen. — In Krakau hat am 8. Juli die feierliche Uebertragung und Bestattung der aufgefundenen Ueberreste Casimirs des Großen unter ungeheurer Theilnahme der ganzen Bevölkerung und mehrerer Tausend Fremden stattgefunden. Von den Häusern wehten Trauerfahnen. Civil- und Militärbehörden theilnahmen an der Feierlichkeit.

Italien. Nachdem nunmehr die Untersuchung in der so oft erwähnten Tabaksangelegenheit beendet ist, geben wir in Kürze den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen wieder. Der Vorschlag des Finanzministers Lambray-Digny, das Tabakmonopol auf eine Reihe von Jahren einer mitinteressirten Gesellschaft zu verpachten, fand in der Kammer und im Lande vielfachen Widerspruch. Als dessen ungeachtet das Gesetz von der Kammer votirt ward, wurden Gerüchte laut, daß mehrere Abgeordneten für ihr günstiges Votum durch einen Antheil an dem Gewinn der Tabaksgesellschaft belohnt worden seien. Insbesondere bezeichnete man den Abg. Civinini als einen Bestochenen. Daß sich der Verdacht gerade gegen ihn wandte, war sonderbar genug, da Civinini längst zur ministeriellen Partei gehörte und die Regierung oder die Pachtgesellschaft also seine Stimme wohl nicht mehr erst zu erkaufen brauchte. Indessen schien der Verdacht gegen Civinini darin seinen Ursprung zu haben, daß einer seiner Bekannten, ein gewisser Tringali, von dem Direktor der Tabaksgesellschaft, Herrn Balduino, vor dem Beginn der öffentlichen Subskription für die von der Gesellschaft zu emittirenden Obligationen eine Partizipation für den Betrag einer Million erhielt. Da dieser Betrag zu den Vermögensverhältnissen und dem Kredit Tringalis außer Verhältniß zu stehen schien, so lag der Gedanke nahe, daß Tringali bloß ein Strohhalm sei und es wurde die Vermuthung ausgesprochen, Civinini stehe hinter ihm. Diese Vermuthung mag namentlich in dem Bankhause Weill-Schott laut geworden sein, vermittelst dessen Tringali seine Partizipation mit einem Gewinn von 52,000 Frs. verkaufte. Civinini verklagte ein Mailänder Blatt, welches der Beschuldigung gegen ihn seine Spalten geliehen hatte, wegen Verleumdung. Das Blatt suchte den Beweis der Wahrheit zu führen, aber ohne Erfolg. Da traten Lobbia und Crispi in der Deputirtenkammer mit ihren angeblichen Beweisstücken auf, in Folge dessen die Untersuchungskommission zusammengesetzt wurde. Was nun die vorgelegten Beweisstücke betrifft, so waren sie überaus zweifelhafter Natur, ein Theil sogar gestohlen und ein anderer bestand aus Abschriften. Trotz der Konfrontation der Zeugen, Ankläger und Angeklagten konnte nichts Thatsächliches ermittelt werden; Alles reduzirte sich auf Hörensagen, d. h. auf abgeschmackte Klatscherei. Obgleich die öffentliche Untersuchung geschlossen ist, haben die Richter ihr Urtheil noch nicht gesprochen, wohl aber hat sich dasselbe im Publikum gebildet. Und letzteres lautet dahin, daß Lobbia eine lächerliche, Crispi eine perfide Rolle gespielt habe und daß dem Angeklagten Civinini auch nicht die kleinste Indelicatesse, geschweige denn eine unerlaubte Handlung nachgewiesen werden kann. Es mag jedoch schließlich nicht unerwähnt bleiben, daß ein Theil der italienischen Presse die Ergebnisse der Untersuchung anders beurtheilt. So z. B. schreibt der „Wanderer“: „Die Ankläger glaubten in ihrer Ehrlichkeit auf die sogenannten Freunde zählen zu können, die ihnen vor der Untersuchung die kräftigste Unterstützung zugesagt hatten, um hinterher die feierliche Zusage zu brechen. Das ist der Lauf der Welt. Eine Hand wäscht die andere. Macht geht vor Recht und wer hätte sich einbilden können, daß die Ankläger, wosfern sie nicht den Beweis bei sich in der Tasche führten, einen schlagenden Erfolg würden erreichen können. Die Regierung hatte vorweg das größte Interesse, die Angeklagten mit all ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu retten. Da standen nun die paar Ankläger im Vertrauen auf die Macht des Rechts im Kampfe mit unfaszbaren Kräften. Die anscheinend besten Freunde ver-